

Krajaner Zeitung.

Nr. 228.

Freitag den 6. October

1865.

Die „Krajaner Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krajan 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. IX. Jahrgang. Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstaltige Beilage 5 Kr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Sempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. October d. J. begonnene neue Quartal der

„Krajaner Zeitung.“

Der Prämumerations-Preis für die Zeit vom 1. October bis Ende December 1865 beträgt für Krajan 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postsendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krajan mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Kr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. September d. J. aus besonderer Allerhöchster Gnade die tariffreie Uebertragung des in einer Linie der Familie von Rosenfeld befindlichen Freiherrenstandes auf den pensionirten Sectionschef Ludwig von Rosenfeld und dessen eheliche Nachkommen zu gestatten gerührt.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 23. September d. J. allergnädigst zu gestatten gerührt, daß der erzbischofliche Secretär k. k. Regierungsrath Christoph Golumbus das Ritterkreuz des königlich sächsischen Albrecht-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. September d. J. dem Comesso postale in Palma Luigi Pirelli in Anerkennung seiner eifrigen und treuen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen gerührt.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. September d. J. dem Schulleiter zu Kirchdorf in Ober-Oesterreich Alois Mathosch in Anerkennung seines vielfährigen eifrigen und erprobten Wirkens im Lehrfache das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen gerührt.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 11. September d. J. die Berufung des Eduard Einnemann aus Frankfurt am Main zum außerordentlichen Professor der allgemeinen und pharmaceutischen Chemie an der Universität in Lemberg allergnädigst zu genehmigen gerührt.

Der Staats-Minister hat den Egerer Kreisarzt Dr. Franz Sioda zum Landesmedicinalrath bei der Statthalterei in Prag ernannt.

Die kön. ungarische Hofkanzlei hat den Supplenten am Gymnasium zu Maria Theresiopol Franz Hildensab zum wirklichen Gymnasiallehrer ebendasselbst ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krajan, 6. October.

Unsere Bemerkungen über die vom „Gaz“ geforderte allgemeine Amnestie der bei dem letzten polnischen Aufstand Beteiligten veranlassen die „Presse“ zu einer Gegenäußerung: Sie hält Amnestie zumeist dann angezeigt, wenn aus höheren Gründen über eine traurige Vergangenheit der Schleier des Vergessens gebreitet werden soll, am geeignetsten stelle sich hiefür die Epoche eines großen politischen Systemwechsels dar. Diese Epoche, meint die „Presse“, ist bei uns eingetreten, und das eben ist es, was wir bestritten haben und bestritten müssen. Das kaiserliche Manifest involviret keinen Systemwechsel, daselbe bedeutet weder den Bruch mit dem Liberalismus, mit dem Constitutionalismus, noch den Uebergang zum Absolutismus, der kaiserliche Erlass eröffnet nur die freie Bahn zum wechselseitigen Uebereinkommen über die Neugestaltung der Formen, unter welchen die den Völkern zugestandenen und für unantastbar erklärten verfassungsmäßigen Rechte in Einkunft zur Ausübung gelangen sollen, um die Art der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. Daß die um ihre Ansichten befragten Vertreter der Länder die Grundbedingungen der Verfassung selbst zerstören, ihre wichtigsten constitutionellen Rechte selbst über Bord werfen, sich selbst Licht und Luft ihres geistigen Lebens beschränken werden, daran ist wohl nicht zu denken. Die „Presse“ stellt da eine Behauptung auf, die nicht unrichtiger sein kann und die eben so zu unbegründeten Befürchtungen als zu unberechtigten Hoffnungen Veranlassung geben kann und leider auch schon gegeben hat. Deutet die „Presse“ darauf hin, daß die Regierung mit dem System der Centralisirung gebrochen, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß die Regierung auch dem Föderalismus huldige, daß es die unbefräßte Autonomie der Völker, die Selbstständigkeit der einzelnen Länder bereits proclamirt habe. Das scheint aber der Gedankengang zu sein, welchen die „Presse“ verfolgt, um zu der Behauptung zu gelangen, daß der

zeitige Zeitpunkt einer völligen Umkehr, einer Belehrung zu den Grundsätzen, welche den Gewissen der einzelnen von der Bahn der Geleglichkeit Abgewichenen volle Absolution ertheilen, gleich zu achten und daß dieser Zeitpunkt auch der der Sühne aller dieser Verirrungen sein sollte, daß also um es mit anderen Worten zu sagen, der Born der Gnade, dem das segensreiche Geschenk der freien uneingeschränkten Selbstbestimmbarkeit der Völker entlossen, noch reicher fließen und sich über alle, ob würdig oder unwürdig, ergießen müsse. Dieses da! quoniam dedisti! mahnt ganz an die Logik, die ein populärer Theaterdichter so trefflich mit den Worten: „Bruder, du bist ja mein Freund!“ karikirt hat. Wir wollen durch nichts das auch von uns getheilte Vertrauen der „Presse“ auf die hochherzigen Gesinnungen des Monarchen erschüttern; aber sie ist im Unrecht, wenn sie behauptet, durch das Manifest vom 20. Oct. sei ein großer politischer Systemwechsel eingetreten. Wenn die „Presse“ als weiteren Grund, Milde in Bezug und Bogen walten zu lassen, die Erkenntniß geltend machen will, daß die Behandlung der polnischen Frage keine tadellose war, sondern vielfältigen Bedauern Raum übrig ließ, so ist dies gut gemeint, aber sehr schlecht erwogen. Die „Presse“ verlangt damit, die Haltung der Regierung in der polnischen Frage hätte mit der Thätigkeit und dem Beginn der jetzt von der Strenge der Gelege Betroffenen in einer und derselben Richtung laufen, die Regierung hätte den polnischen Aufstand unterstützen und ihrerseits ebenfalls das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe Rußland gegenüber begehen sollen; dadurch wären in der That die jetzt zu Amnestirenden von jeder Schuld purifizirt worden und zu der Ehre gelangt, Mitschuldige der Regierung zu werden. Die „Presse“, der es auf eine Phrase mehr oder weniger nicht ankommt, vergißt jedoch, daß unter denen, für welche sie die allerhöchste Gnade ansieht, nicht bloß Leute sich befinden, denen das Herz für ihre Nation zu warm geschlagen und denen wie sie sich die Sache vorstellt, nur übergroße Vaterlandsliebe zum Vorwurf gemacht werden kann, sondern daß der Zweck, welcher so beiläufig bei dem polnischen Aufstand verfolgt wurde, die Losreißung Galizien's von Oesterreich gewesen und daß ein großer Theil der Angeklagten wegen Hochverrathes verurtheilt worden. Die Haltung, welche die Regierung der letzten polnischen Bewegung gegenüber eingenommen, war die ihr durch die Pflicht der Selbsterhaltung vorgeschriebene, sie mag von Vielen mit Bedauern vermerkt worden sein, aber sie war eine über jeden Tadel erhabene; es müßte denn sein, daß die „Presse“ als damalige Aufgabe der Regierung sich die Entzagung auf ihren seitherigen Besitz und die Mitwirkung zur Wiederaufrichtung des alten Polenreiches denkt. Anders vermag wir es nicht zu deuten, wenn die „Presse“ ihren Artikel mit folgenden Worten schließt: „Wir begeh die tiefe und aufrichtige Ueberzeugung, daß die polnische Nationalität und ihre Mission (wiewohl definiert die „Presse“ diese „Mission“) der Idee eines großen und starken Oesterreich nicht nur nicht widerstreben, sondern daß unsere Politik gerade an diesen Elementen einen verlässlichen Verbündeten gewinnen kann, und deshalb würden wir uns glücklich fühlen, wenn in dieser traurigen Angelegenheit Gnade für Recht geübt werden sollte.“ Die „Presse“ nimmt, wie unsere Leser entnehmen, bereits auf Nimmerwiedersehen Abschied von diesem mächtigen Bruchteil der unser Oesterreich ausmachenden Nationen, sie sieht die Polen uneres Galizien bereits neben dem noch immer großen und starken Oesterreich einen eigenen Staat, ein Bollwerk gegen asiatische Barbarei, bilden, und unsere Monarchie im vollen Genuß des nicht hoch genug anzuschlagenden Vortheiles, statt einiger Millionen Unterthanen und einer großen Provinz einen verlässlichen Verbündeten zu besitzen. Deshalb! ein Königreich für dieses deshalb! und wäre es das Königreich Galizien und Podomeren! meint die „Presse“, sollten die in Dmütz und in anderen Straforten noch gefangen gehaltenen Polen nicht länger verhindert werden, an der Mission der polnischen Nationalität mitzuwirken. Wir sind durchaus keine Gegner der Amnestie, wir haben den letzten kaiserlichen Gnadenact mit der größten Befriedigung begrüßt und werden es eben so freudig begrüßen, wenn die Umstände es rathlich erscheinen lassen, bei Allen volle Gnade für Recht zu üben, aber wenn Gründe vorgebracht werden, welche nur zur Verwirrung der Geister führen müssen, so bekämpfen wir — nicht die zu erwirkende Gnade, sondern diese irrigen Argumente eben so wie wir früher auf die Unschicklichkeit hingewiesen haben, eine Begünstigung, welche nur von der allerhöchsten Gnade erstleht werden kann, mit trocknen Worten zu fordern. Der „Gaz“ forderte die Amnestie, aber er forderte sie für österreichische Un-

terthanen; die „Presse“ wünscht die Amnestie, aber sie wünscht sie für Oesterreich — Nachbarn! Unter der Aufschrift: „Das Cabinet Belcredi und die Forderungen der galizischen Polen,“ bringt der in russischer Sprache erscheinende amtliche Warschauer „Dnewnik“ einen längeren Artikel. Es handelt sich darin insbesondere um die Amnestieforderung. Nach einer mit allerhand Sentenzen gespickten Einleitung, wie: „Neue Bienen lehren gut“ — „Wer sich zu weicht bettet, muß gewöhnlich auf hartem Lager schlafen“ und mit Bezug auf die Petenten: „Man muß das Eisen schmieden, so lange es warm ist, d. i. so lange das neue Ministerium Popularität sucht“ — kommt der „Dnewnik“ endlich zur Sache. „An das Ministerium Belcredi-Majlah,“ schreibt derselbe, „wurden schon eine Menge Forderungen gestellt. Nach seinen ersten Schritten haben wir als unbetheilte Zuschauer uns die Meinung gebildet, daß das Ministerium seinen Weg gewählt hat und daß es nicht daran denkt, sich im Anfange Popularität zu erwerben, um später nichts zu thun. Darum wird gewiß der größte Theil der gestellten Forderungen unerfüllt bleiben oder doch seiner Zeit in entsprechendem Maße befriedigt werden.“ Mit Bezug auf die Amnestieforderungen in den polnischen und französischen Blättern bemerkt der „Dnewnik“: „Die österreichische Regierung muß es wissen, ob sie dem Verlangen willfahren kann, in welcher Ausdehnung und wann? Um so besser wäre es und wir wären recht froh, wenn es für möglich erkannt würde, das Loos einiger Hundert Personen zu erleichtern, ohne dabei die höheren Staatsinteressen zu gefährden. Wir überlassen es daher dem Ministerium, nach seiner Ueberzeugung zu handeln und wenden uns an die Presse.“ Dieser sagt der „Dnewnik“: „Sollte Galizien eine allgemeine oder Theil-Amnestie erhalten, so werden die Begnadigten es ausschließlich der Regierung, nicht aber dem Drängen der galizischen und Partier Presse zu verdanken haben, welche in diesem Falle durch Ungereimtheiten sich selbst übertreffen hat.“ Als eine solche bezeichnet dann der „Dnewnik“ die vorgebrachte Entschuldigung mit der Vaterlandsliebe. Mit solchen Gründen — meint er — mag man sich an alte Weiber wenden, aber nicht an Regierungen. Viel ernster erscheint dagegen dem russischen Blatt das von der polnisch-französischen Presse verübte Auskunftsamt, die Eigenliebe Oesterreichs zu reizen und damit einen moralischen Druck auf die Regierung zu üben. Zu dem Zwecke habe man die Nachricht erfunden, daß ein österreichischer Minister auf Rußland als Hinderniß der Amnestie hingewiesen. „Wie witzig!“ — ruft der „Dnewnik“ aus — „die österreichische Regierung ist so vorgegangen, wie jeder halbwegs denkende Mensch voraussehen mußte. Sie hat kurz und entschieden erklärt, daß das Zeitungsgeschwätz grundlos und lägerlich sei und hat gleichzeitig keine Amnestie gegeben. Damit hat sie bewiesen, daß, wenn sie von Rußland keine Befehle annimmt, so solche noch viel weniger von Scriblen wie Labbe, Bonneau u. dgl. anzunehmen gedenkt.“ Am Schluß des Artikels gibt der „Dnewnik“ noch eine Andeutung über die Politik, welche Rußland bezüglich seiner Unterthanen in der Amnestieforderung einzubringen gedenkt, mit den Worten: „Rußland hat schon einmal — erst vor 10 Jahren — eine Amnestie ertheilt, durch welche 9000 Polen ihrer Heimat wiedergegeben wurden. Die nächste Folge dieser Großmuth war der Aufstand. Bei allem Mitleid für einzelne Personen hegen wir die feste Ueberzeugung, daß aus Rücksicht für das allgemeine Wohl Rußlands derselbe Fehler nicht zum zweiten Male begangen werden wird.“ Ein im „Pesti Naplo“ so eben erschienener Artikel „der Landtag und die Bahnen“ welcher von Franz Deak herrühren soll, wirft interessante Streiflichter auf die Parteien und überhaupt auf die politische Situation in Ungarn. Der 1865er, besser der 1866er Landtag, heißt es in dem Artikel, müsse sich schon nach der ganzen Natur der Strategie, welche auf demselben beobachtet werden wird, von dem Landtage des Jahres 1861 unterscheiden: In Ungarn habe man von jeher zweierlei Landtage unterschieden. Gravamen-Landtage und legislative geschäftliche Landtage, welche erstere immer vorherrschend waren. Der 1861er Landtag war nichts anderes als ein solcher Gravamen-Landtag und zwar in solchem Maße, daß nur wenig ähnliche Beispiele vorhanden sind. Der 1866er Landtag hingegen kann voraussichtlich so wenig ein Gravamen-Landtag werden, daß vielleicht in der ganzen ungarischen Geschichte seit 400 Jahren kein ähnliches Beispiel aufzufinden ist. Fene Gegenstände, wegen deren im J. 1861 Protest eingelegt wurde, sind entweder verschwunden oder sind mit geringer Mühe zu beseitigen — oder wir müßten uns sehr täuschen. Wir werden einen constituirenden, wahrhaft legislativen Landtag haben. Weiters ist es klar, daß es eine sogenannte Adress- und Beschlußpartei nicht mehr ge-

ben könne. Das Patent vom 20. September und das ganze Vorgehen der Regierung bei der Einberufung des Landtages hat dieser Parteiforderung die Basis entzogen. In der staatsrechtlichen Frage kann es kaum eine wesentliche Meinungsverschiedenheit zwischen den Männern dieser beiden großen Parteien des Jahres 1861 geben. Bezüglich der dritten „ur-alten“ Partei, der conservativen, welche sich im Jahre 1861 kaum hören ließ, vor dem Jahre 1848 aber eine so große Rolle spielte und deren einstige Mitglieder sich gegenwärtig am Regierungsruder befinden, ist es nicht nur nicht glaublich, daß sie sich mit jener compacten Majorität in scharfen Gegensatz stellen sollte, welche sich aus dem wahrscheinlichen Zusammenhalten der ehemaligen Adress- und Beschlußpartei ergeben wird, sondern wahrseinhch liegt es auch gar nicht in der Intention dieser Partei, in solcher Weise aufzutreten. Die Rolle, welche die conservative Partei in den Jahren 1836 bis 1848 gespielt, war eine ausnahmsweise und darin begründet, daß die Aristokraten, welche diese Partei bildeten, unpopulär wurden. Die conservative Partei von heute ist ganz anderer Natur. Sie hat ihre einstige traditionelle Position wieder eingenommen — während der übrige Theil der Nation sich im passiven Widerstande verlor, hat die conservative Partei nicht aufgehört thätig zu sein, hat so zu sagen, die diplomatischen Angelegenheiten der Nation in die Hand genommen und ist schon im Stande großartige Resultate aufzuweisen. Und sollten sie auf dem künftigen Landtage, der nach Gott und dem Herrscher zum großen Theil ihr Werk ist, sich selbst dementiren? Das ist ungläublich!

Der „Altonaer Merkur“, dieses alte, vorsichtige und bisher gut „herzogliche“ Landesorgan, bringt einen bemerkenswerthen Artikel aus dem westlichen Schleswig, der in eindringlicher Sprache den Gedanken durchführt, daß, wenn Schleswig-Holstein nicht jede Chance auf „Mitbestimmung“ einbüßen oder aber von einem beklagenswerthen Einschreiten des Auslandes erwarten wolle, es den gegenwärtigen Augenblick ergreifen und, nach Lösung von seinem „Herzog“, seinen Pact mit Preußen machen müsse. Kein Moment sei zu verlieren. Es heißt in dem Artikel wörtlich: Es kostet Nichts, als einen schnellen schmerzlichen Entschluß! Das Land spreche zu dem Fürsten, der sein eigenes Recht einst nur darum hochzuhalten erklärte, weil dasselbe das Land zu retten im Stande sei: „Wir hoffen unter Deiner Herrschaft ein Staat werden zu können, der dem deutschen Wesen zur Ehre, Zierde und Machtstärkung gereichen könnte. Wir hoffen es jetzt nicht mehr, seit Dich Deine Rathgeber Wege einschlagen ließen, die unser Gebiethen und das Gebiethen von ganz Deutschland schwer bedrohen! Gieb uns, die Dir gehuldigt haben, das Wort zurück, da Du selbst von dem Worte gewichen bist, nur im gemeinsamen Vorgehen mit Deutschlands einzigem hoffnungsreichen Staate unser Glück erstreben zu wollen! Wir beklagen, daß das Schicksal Dir keine besseren Rathgeber zur Seite stellte, die uns einen schmerzlichen Strett der Pflicht erspart hätten! Aber höher als unsere Verpflichtung gegen Dich steht uns die gegen das ganze Deutschland; wir waren Deutsche, ehe wir Dich kannten! Für Deutschland ist hier jüngst die preussische und österreichische, ist vor einem halben Menschenalter unsere eigene Jugend gefallen, und nicht für eine neue kleine Dynastie, wenn sie sich nicht dem Wohle des Ganzen unterzuordnen versteht!“ Der Artikel datirt, wie gesagt, aus dem „westlichen Schleswig“, aus demselben Schleswig, das bereits unter preussischer Verwaltung steht und wo die Vertrauensseligkeit ein recht einträgliches Geschäft zu werden verspricht. Die „N. A. Z.“ ist ganz damit einverstanden, daß die Herzogthümer preussisch werden, sie meint aber, die Bedingungen des Anschlusses werde Graf Bismarck selber stellen.

Heute muß auch die ministerielle preuß. „Prov.-Corr.“ ins Feld rücken, um Herrn v. Bismarck die Wege für Biarritz zu ebnen. Die „Prov.-Corr.“ räumt ein, daß eine Begegnung des Grafen Bismarck mit Kaiser Napoleon in Biarritz bei dem hohen Werthe, welchen beide Genannte auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen legen, nicht ohne politische Bedeutung und Wirkung bleiben könnte, und hält aufs bestimmteste daran fest, daß alle Mittheilungen über besondere politische Absichten und Verhandlungen, mit welchen die Reise des Ministerpräsidenten in Verbindung gebracht wird, irrtümlich und grundlos seien. Das „Pays“ polemisiert gegen Manteuffels Rede, bemerkt indeß, die Sache sei in der Conferenz zwischen Bismarck und Drouyn redressirt worden. Der

„Tempo“ sagt, man möge sich nur keinen Illusionen hingeben; Herr v. Manteuffel sei Chef des königlichen Militär-Cabinetts, das heißt, neben dem Premierminister die wichtigste Person in der Umgebung des Königs, und wisse so gut wie Graf Bismarck selbst, was er sage und was die Absicht seines obersten Kriegsherrn sei. In einem Pariser Brief der „N. Frankf. Z.“ wird jedoch die Behauptung aufgestellt, daß Graf Bismarck in dieser Beziehung bereits bindende Erklärung abgegeben. Die Sache sei bereits während der Londoner Konferenz von Preußen ange-regert worden und erst vor wenigen Wochen, im August, habe Herr v. Bismarck dem englischen Gesandten in Berlin erklärt, seiner Ansicht nach sei die beste Lösung die Einverleibung des größten Theiles der Herzogthümer in Preußen und Abtretung Nordschleswigs an Dänemark. Ähnliche Eröffnungen sollen auch in Paris von preussischer Seite gemacht sein.

Die Nachricht, daß Herr v. Wydenbrugl (diplomatischer Agent des Erbprinzen von Augustenburg) seine Stellung in Wien aufgegeben habe und nach München überzusiedeln beabsichtige, ist nach der „Kieler Ztg.“ gänzlich unbegründet. Herr v. Wydenbrugl befindet sich augenblicklich wegen einer Badekur in Rissingen.

Freiherr v. d. Pforden hat dem „N. C.“ zufolge an die bayerischen Gesandten in Wien und Berlin eine Depesche gerichtet, worin er erklärt, daß in der Mittheilung der Kaiserin über die Einkünfte an den Bundestag eine genügende Antwort auf den in der Sitzung der Bundesversammlung vom 27. Juli d. Z. gestellten bayerisch-sächsisch-bessischen Antrag und beziehungsweise ausgesprochenen Wunsch durchaus nicht erkannt werden könne.

Das „Jour. des Debats“ läßt sich aus Florenz schreiben, der römische Hof habe in Paris den Antrag gestellt, daß nach der Räumung der Kirchenstaaten ein Corps von 1000 Franzosen als „Ehregarde“ des Papstes in Rom bleibe, aber eine ablehnende Antwort erhalten.

Eine der letzten Versionen über die Ursache des Attentats auf das Leben des Fürsten Sapieha lautet nach dem Pariser Corr. des „Dziew. warsz.“, daß es eine Partei in der Emigration gibt, welche ihn, als gewesenen Commissar des Nihilismus der Expedition Wysocki's beschuldigt und an ihm den von der Nationalregierung so oft practicirten Mord vollziehen wollte.

Kürzlich war von einem in den Tuilerien eingetroffenen Gesandtschaftsbericht aus Washington die Rede, in welcher auf den intimen Verkehr hingewiesen wurde, den der dortige Repräsentant Rußlands mit dem Vertreter des Suarez unterhält. Nach einem Pariser Correspondenten der „Presse“ hat Dr. Montholon der französischen Regierung nun angedeutet, daß Rußland das Cabinet Washington in der schroffen Haltung gegenüber Mexico aufmuntert und die amerikanischen Ansprüche an England für berechtigt erklärt und zwar in der directen Absicht, damit die beiden Westmächte beschäftigt werden und die Möglichkeit eintrete, im richtigen Augenblicke die orientalische Frage, oder wenigstens einen Zweig derselben mit Aussicht auf Vortheile für Rußland auf die Tagesordnung bringen zu können. Die Berichte des Washingtoner Gesandten, schreibt dieselbe, erhalten durch anderweitige Nachrichten Ergänzung. Aus Griechenland wie aus Serbien, aus den Fürstenthümern wie aus Montenegro, ja aus Constantinopel selbst, sind der französischen Regierung detaillirte, mit Belegen versehene Berichte über die mit geistlichen und materiellen Mitteln wirkende russische Agitation zugegangen. Dies zusammengehalten mit der Stellung Rußlands der Gasteiner Convention gegenüber, soll nun die französische Regierung veranlaßt haben, den Kampf mit Rußland — vorläufig jedoch nur in der Presse zu beginnen. Die „Patrie“ entledigt sich bereits heute des betreffenden Auftrages mit einem geharnischten Angriffe auf die russische Politik.

Dem „Narod“ wird geschrieben, daß sich in Bulgarien ein Aufstand vorbereite, der wohl kaum später als nach dem Winter ausbrechen werde. Die Vorbereitungen dazu werden von einem Andern Comitè in Bukarest geleitet, an dessen Spitze Rakowski, ein bulgarischer Flüchtling steht, der durch seine Theilnahme an allen nationalen Kämpfen, die seit 20 Jahren in der Türkei geführt wurden, in der Bulgarei einen sehr großen Einfluß hat. Das Comitè soll mit materiellen Mitteln reich versehen sein und nächsten Winter eine große Sendung von Waffen zu erwarten haben. Der Bukarester Consulatssecretär einer osteuropäischen Macht soll bei allen Berathungen des oberwähnten Comitès anwesend sein. Auch die Fürsten Gusa und Michael sollen mit diesem Comitè in Verbindung stehen. Sie sollen sich durch einen geheimen Vertrag verpflichtet haben, alle Schritte gegen die Türkei gemeinsam zu machen; den ersten Schritt zum Aufstand wollen sie jedoch den Bulgaren überlassen. Fürst Michael von Serbien soll erst kürzlich seinen Secretär Racek, einen geborenen Czechen, an Rakowski nach Bukarest entsendet haben.

Ein Newyorker Correspondent des „Avenir national“ schreibt, daß der ehemalige Commandant der südafrikanischen Armee, General Beauregard, dem Papp seinen Degen angeboten habe und den durch Lamoricière's Tod vacant gewordenen Posten eines Oberbefehlshabers der päpstlichen Truppen erhalten dürfte.

Die Ansichten der amerikanischen Journale über Mexico und die Monroe-Doctrin beginnen gemäßigter zu werden. Die „World“ sagt: Die einzige Monroe-Doctrin, die uns am Herzen liegt, ist diejenige, die uns nicht gestattet, zu leiden, daß irgend-

eine Nation das Leben, die Rechte und die Freiheiten der amerikanischen Nation, d. h. derjenigen, die unsere Staaten bewohnt, bedrohe. Die „New-York Times“ sagt: Es ist zu bedauern, daß die Union keinen diplomatischen Vertreter am Hofe des Kaisers Maximilian besitzt. Unsere Regierung möge einen raschen Entschluß betreffs Mexico's fassen. Die Dissidenten sind nur kleine Guerilla-Banden unter Führern, die sich untereinander ärgern, als den Kaiser. Die amerikanische Republik hat das Bedürfnis, daß in Mexico eine starke und geordnete Regierung herrsche.

Der Vertrag zwischen dem Zollverein und Bremen ist zum Abschluß gelangt und damit das alte Verhältniß wieder auf zwölf Jahre, vom 1. Januar k. S. ab, gesichert. In Betreff der Niederlassungsfreiheit hat Bremen Concessionen gemacht.

* Krakau, 6. October.

Wir haben schon einige Male auf die historischen Forschungen des Professors Dr. Beda Dudik in unserer Stadt aufmerksam gemacht. Im Verlauf eines viermonatlichen Aufenthaltes hat er durchforscht die Archive des Stadtmagistrats, der k. k. Statthalterei-Commission, bei den Karmelitern, das Grober- und Terrestial-Archiv bei St. Peter, das der Dominikaner und der Kirche B. V. M., am Ring-Platz, das reiche Consistorial-Archiv, einige kleinere Archive hiesiger Klöster und zum Theil die Handschriften-Sammlung der Universitäts-Bibliothek und des Domecapitel. Seine eigenen Studien, der Geschichte Mährens, fördern diese Archive nur mittelbar; aber da das hohe Staatsministerium eine Hebung des geschichtlichen Studiums als des einzig und allein wahren Weges zum Verständniß der Volks- und Staats-Interessen mit allem Eifer anstrebt und wünscht, erhielt Dr. Dudik den Auftrag, durch Hinweissung und Zusammenstellung der verschiedenartigsten Geschichtsquellen dieses Streben zu unterstützen. Seine Arbeiten sind daher in wärem Sinne des Wortes stets nur Arbeiten für das Land, in welchem er sich eben aufhält. Daß diese seine Arbeiten auch unserer Stadt bereits zu Gute kommen, dürften jene Herren bezeugen können, welche mit den Archiven in näherer Beziehung stehen. So manche Handschrift vom hohen Werthe erhielt bereits ihren rechten Platz, weil sie in Zusammenhang selbst mit den materiellen, mit den praktischen Interessen gebracht wurde. Ist ja die Gegenwart nur eine Fortsetzung der Vergangenheit, und darum auf unser ganzes Handeln, wenn es consequent und folglich ersprießlich sein soll, nur ein momentanes Anknüpfen des eben durch unseren Willen vollendeten Ringes an die große Kette, die unsere Vorfahren geschmiedet. Das Archiv macht, daß zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart nie eine Lücke entstehen könne — es nähert die organische Entwicklung, das Rechtsleben. Und darum sehen wir, daß alle Staaten, denen es um das Recht und nicht um die Willkür zu thun, gerade dem Archivwesen die größte Aufmerksamkeit widmen. Aber daselbst sollen auch einzelne Körperpersönlichkeiten thun. Wollen sie, daß ihre Rechte respectirt werden, so müssen sie diese Rechte zeigen und beweisen; sie müssen ihre Archive ordnen oder öffnen. Es freut uns, constatiren zu können, daß unserm Gaste die hiesigen Archive mit größter Bereitwilligkeit und Zuverlässigkeit geöffnet wurden. Wie wir vernehmen, wird er diese ihm und der Sache erwiesene Freundlichkeit nach geschickter Forschung in einer speciellen, in den nächsten Monaten erscheinenden Schrift „Ueber das Archivwesen Krakau's und Galizien's“ besonders betonen, um so seinen Dank namentlich allen jenen Männern und Behörden zu zollen, die ihn unterstützten und freundlich aufnahmen. Auf dieses Werk erlauben wir uns unsere Leser schon im Vorhinein aufmerksam zu machen; es wird die von Dr. Dudik hier in unseren Archiven benutzten und zum Theil neu aufgedeckten historischen Quellen mit Hinweis auf die Landes- und Culturgeschichte umständlich besprechen. Wer hätte es je geahnt, daß wir in unseren Archiven den Canonisations-Proceß der heil. Katarina, Tochter der heil. Brigitta im Original besitzen! In dem schwedischen Kloster Westene lebte und starb die fromme Nonne; ihr Proceß vom Jahre 1475 zeigt uns neben einer Masse von interessanten Einzelheiten den regen Verkehr, welcher damals zwischen Schweden, Rom und Krakau stattfand. Die Acta Tomiciana erregen mit vollem Recht die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreiber und Vaterlandsfreunde. Dudik weist uns auf eine ähnliche gebiegene Arbeit hin, welche die für unsere Geschichte so hochwichtige Zeit von 1632 bis 1654 umfaßt. Für den Stadt-Magistrat haben die Präsentations-Acta für die Mutter Gottes-Kirche am Ring vom Jahre 1552 — 1797, welche Dudik im Magistratsarchive aufgestöbert hat, gewiß einen praktischen Werth u. s. w. So hat denn die Thätigkeit des gelehrten Forschers dieses Ab's Richard der historischen Quellen nicht nur dankenswerthe greifbare Resultate geliefert, sie hat sich auch in vielen anderen Beziehungen höchst ersprießlich erwiesen, anregend und fördernd gewirkt, einerseits durch den Hinweis, wie die Amtswirklichkeit des Archivars stets Hand gehen müsse mit der Umsicht und kritischen Thätigkeit des Geschichtsforschers, andererseits dadurch, daß er Licht und so weit dies bei der Kürze der Zeit möglich auch Ordnung in das hier und da vorfindige Chaos gebracht, oder wenigstens die nöthigen Fingerzeige gegeben, um den toten Buchstaben zu lebensvollem Leben zu gestalten. Aus dem persönlichen Verkehr mit dem gelehrten Geschichtsschreiber wissen wir, daß er das gründliche Wissen, die vielseitige Bildung und die große Geschäftsgewandtheit einzelner Archivbeamten, mit welchen er in dienstliche Berührung gekommen, nicht genug rühmen konnte; wir sind daher überzeugt, daß die Anwesenheit des gelehrten Forschers die besten Früchte tragen wird. Entwerfen wir uns nun das Bild, daß an allen Orten der Monarchie diese geistige Saat gelegt und sicher zu segensreicher Ernte heranreifen wird, so können wir nicht genug der Fürsorge der mit den Staatsgeschäften betrauten Männer danken und ihren weitreichenden Blick bewundern, der in anscheinend Kleinem so

Großes, Bedeutungsvolles zu erkennen vermag. So wird die Gegenwart der Zukunft die Vergangenheit retten. Dr. Beda Dudik reist Montag von hier ab und geht zu weiterer Verfolgung seines Auftrages über Tarnow und Przemysl nach Lemberg, wo er im Hause des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs Litwinowicz als Gast weilen wird.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. October. Das Namensfest Sr. Maj. des Kaisers wurde heute, wie alljährlich, in allen Kirchen gefeiert. Die Garnisonstruppen waren zur Kirchenparade in den Kasernen brigadeweise ausgerückt. Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge wohnten dem Gottesdienste in der Alferkaserne bei.

Die „Debatte“ meldet, daß Sr. Majestät dem Paul Almay, welchem Allerhöchstdieselben bekanntlich seinerzeit einen 2monatlichen Aufenthalt in Karlsbad zum Curgebrauch allergnädigst bewilligte, nunmehr, nachdem Almay nach Ablauf der zwei Monate in seinem Haufort Dmütz sich wieder eingefunden hat, allergnädigst zu gestatten geruhet, daß er seinen gebundenen Aufenthalt bei seiner Schwester Gräfin Zierotin u. z. auf deren Gute Blanda in Mähren nehme. In Folge dieser a. h. Begünstigung ist Almay auch bereits am 29. September von Dmütz nach Blanda abgereist.

Sr. Majestät der Kaiser haben der durch den Brand in Kaltenbach am empfindlichsten betroffenen Pächterin der Rothauerischen Ziegelei eine Unterstützung von 200 fl. allergnädigst zu bewilligen geruht. Sr. Majestät der Kaiser hat genehmigt, daß jenen in auswärtigen Stationen garnisonirenden Generalen, Staats- und Ober-Offizieren, welche der am 18. October stattfindenden Enthüllungsfest der Denkmals für den Heerführer Prinzen Eugen von Savoyen beizuwohnen wünschen, behufs dessen nach Diensteszulässigkeit die Reise nach Wien (auf eigene Kosten) bewilligt werden dürfe, ohne diese Abfertigung als Urlaub in Anrechnung zu bringen.

Sr. k. Hohheit Erzherzog Albrecht trifft Samstag von seiner Inspections-Reise hier ein.

Herr Herzog Philipp von Württemberg und dessen Gemalin besuchten heute die kaiserliche Gruft in der Capucinerkirche.

Graf Mensdorff, der Minister des kais. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten hat am 4. d. auf der Rückreise nach Wien, Prag paßirt.

Contreadmiral Bernhard Freiherr von Wüllerstorff-Urbair, der neue Minister für Handel und Volkswirtschaft ist im Jänner 1816 zu Triest geboren, wo sein Vater eine Secretärsstelle beim Grafen Saurau bekleidete. Als der Vater frühzeitig starb, vermählte sich die Mutter (1822) zum zweitenmale mit dem Grafen Marzani, dem sie nach Padua folgte, während der junge Bernhard am Gynnasium zu Triest seinen Studien oblag. Seine spätere, vorzugsweise militärische Ausbildung erlangte er an der Pionnier-Schule zu Tulln und trat nach zurückgelegten Studien in die k. k. Marine. Als Cadet und Schiffs-lieutenant hatte er bei den vielen Kreuz- und Quersiegen im adriatischen und mittelländischen Meere die beste Gelegenheit, den Dienst auch praktisch zu erlernen. Er stieg stufenweise 1848 bis zum Marine-Divisions-Commandeur, später wurde er Corvetten-Capitän und Militärreferent beim Viceadmiral Birch von Dählerup. In letztgenannter Eigenschaft brachte er viele Vorschläge zur Marine-Reform durch, avancirte 1853 zum Vinienschiffscapitän und 1855 zum Commodore. Im Jahre 1856 erhielt er das Com-mando der Fregatte „Novara“, auf welcher er am 30. April 1857 den Hafen von Triest verließ, um die Reise um die Welt anzutreten, von welcher er im August 1859 wieder in Triest anlangte. Er ließ sich nach Wien über-setzen um bei Littrow Astronomie zu studiren, leitete in Venedig mit Carl Littrow den Bau einer Marine-Stern-warte und erhielt den Titel eines Professors der Nautik und Astronomie. Im März 1861 wurde er zum Contreadmiral befördert und versah die Functionen eines Hafenadmirals zu Venedig, bis er im Februar 1864 zum Com-mandanten sämtlicher in Ausrüstung befindlicher öster-reichischer Kriegsschiffe und des Nordseegechwaders inbe-sondere ernannt wurde. Baron Wüllerstorff ist seit 17. No- vember 1860 correspondirendes Mitglied der mathematisch-naturwissenschaftlichen Classe der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. Seit 3. August 1861 ist er mit Leo-nhardine Gräfin Rothkirch-Panthen, der Cousine des böhmischen Oberlandmarschalls Grafen Carl Rothkirch und Schwester des Obersten Grafen Lother Rothkirch, Comman-danten des in Prag garnisonirenden Graf Gyulai Infan-terie-Regiments Nr. 33, vermählt.

Die verschiedenen Gerüchte über die bevorstehende Auflösung des Unterrichts-Rathes finden — wie dem „Mähr. Corr.“ von Wien geschrieben wird — ihre Er-ledigung in einer kaiserlichen Entschliessung vom 13. Sept., durch welche Professor Dr. Heimerl mit der interimistischen Leitung dieses Institutes betraut worden ist.

Zusolge Verordnung des k. k. Kriegsministeriums werden in der k. k. Armee folgende Aenderungen in der Adju-tirung des früher freiwilligen 13. Uhlanen-Reg. stattfinden: polnische Hosen, Knieeliefen und die Coniferatka mit der Adlerfeder. Die einzelnen Regimenter werden sich von einander durch Aufschlag unterscheiden. Bei sämtlichen berittenen Truppen fällt die ungarische Packung weg, und es wird der Sattel nach Art der englischen Pritschen eingeführt mit der Sattelhaut aus Schweinsleder, wie selbe bereits bei dem 10. Husaren-Reg. eingeführt ist. Ebenso beabsichtigt man, die wollenen Sieddecken gänzlich zu be-seitigen und statt derselben, analog der italienischen Armee, Sieddecken aus Guttapercha-Röhren zu verwenden.

Die Eröffnung des neuen Nordbahnhofes ist für den 15. October anberaumt.

Aus Pest, 4. d., wird gemeldet: Zur Feier des Namensfestes Sr. Majestät fand heute in der Dfner Festschloßkirche und in der Pester Hauptpfarre Gottesdienst statt. Außer den Spitzen der Landesbehör-

den waren die Magistrate, namentlich die städtischen Repräsentanten anwesend. Die Kirchen waren zum Erdrücken voll. Nach dem Gottesdienst begab sich eine Pester Deputation zum Tavernicus, um denselben zu bitten, Sr. Majestät den Ausdruck der Hul-digung und Loyalität darzubringen. Die Stadt war mit Flaggen geschmückt, gestern fand im deutschen Theater, heute findet im ungarischen Theater eine Festvorstellung statt.

Ein Pester Telegramm der „Presse“ vom 4. d. Mts. 10 Uhr Abends, meldet: Eben wird Herr Deak ein imposanter Fackelzug gebracht. Er dankt in kurzer unpolitisch-er Ansprache. Er sagte: „Mitbürger! Ihr kommt, mich zu meinem Namenstag zu begrüßen, wofür ich schlichter Mann und einfacher Mitbürger Euch meinen innigen Dank ausspreche und mir Euer Vertrauen auch ferner erbittet. Ihr verlangt doch nicht, daß ich heute über Politik spreche, hiezu kommt bald die Zeit und Gelegenheit. Dann werde ich es für meine Pflicht erachten, zu sprechen. Bis dahin rufen wir: „Es lebe das Vaterland!“ (Nach neueren Berichten hat der Fackelzug nicht stattgefunden.)

Aus Aranyos-Maroth, 4. d., wird gemeldet: Für den heutigen Tag war durch den Oberge-spann August Masiheny hierher in das Comitats-haus eine Conferenz einberufen. Die Intelligenz des Bacher Comitats und viele Gemeindevorsteher verfam-melten sich nach dem Gottesdienste beim Grafen Wiggazzi, votirten dem Oberge-spann Masiheny und sor-derten ihn zur Abdankung auf. In Folge seiner Weigerung wurde eine Petition an den Hofkanzler um seine Enthebung abgeleitet.

Die Agrar-Handelskammer wird den neuen Handelsminister, Herrn Baron Wüllerstorff, beglück-wünschen und bitten, daß im Frühjahr mit dem Bau der Semlin-Siumerbahn begonnen werde.

Deutschland.

Die „Kieler Ztg.“ dementirt die Nachricht des Hamburger Correspondenten und des Altonaer Mer-curs, daß der russische Minister v. Harbou zum Präsidenten der hollsteinischen Regierung designirt sei.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die beharrlich verbreiteten Zeitungsnachrichten, daß Hr. v. Zedlitz aus Schleswig abberufen werden solle und daß der Minister des Innern auf seiner Schleswiger Reise diese Eventualität bereits angedeutet habe, sind durch-aus falsch. Es wird weder Zurückberufung stattfinden noch liegt ein Anlaß zu einer solchen vor.

Zur Ministerkrise in Baden wird dem „Schw. M.“ gemeldet, daß dem Gesandten am Bundestage, v. Mohl, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angeboten worden sei, daß dieser aber es abgelehnt habe.

An der Frankfurter Abgeordneten-Versamm-lung vom 1. d. haben nach den jetzt ausgegebenen Verzeichnissen 27 Abgeordnete theilgenommen, dar-unter 1 Oesterreicher (Brin), 6 aus Preußen (Becker, Otto, Fresse, Groote, Luning, Raffauf), 79 Bayern, 10 Sachsen, 10 Hannoveraner, 26 Württemberger, 18 Badenjer, 21, Hessen, 6 Kurhessen, 21 Nassauer, 19 Schleswig-Holsteiner, 3 Braunschweiger, 10 aus den übrigen kleinen Fürstenthümern, 2 Hamburger, 1 Lübecker und 37 Frankfurter. In Folge des von der Abgeordneten-Versammlung gefaßten Beschlusses, durch welchen der bisher bestandene Sechszunddreißiger-Ausschuß in unveränderter Gestalt auch für die Zukunft bestätigt worden ist, constituirte sich derselbe in seiner Abendigung vom 1. d. von Neuem. Es wurde beschloffen, Herrn Andreas Hansen aus Grum-bye, Mitglied der schleswigischen Ständeversammlung, und D. G. Bokelmann aus Methwischböh, Mitglied der hollsteinischen Ständeversammlung, zu cooptiren, die geschäftsleitende Commission des Ausschusses aber unverändert zu belassen. Letzterer wird auch künftig aus den Herren Dr. Eigmund Müller, Kolb, Metz, Brater, Häuffer, Lang und Dr. Karl Barth bestehen.

Die gefällige Zusammenkunft, welche zum Schluß des Tages die Mitglieder des Abgeordnetentages und deren Freunde vereinigte, erhielt einen etwas handgreiflichen Schluß. Es hatte sich in dem großen Saale auch eine kleine An-zahl dem Arbeiterstande angehöriger Personen, Kassallianer, eingefunden, und zwar, wie verschiedene Indicien schließen lassen, nicht ohne die Absicht, einen Scandal hervorzurufen. Wenigstens war ihr Benehmen ein völlig unheimliches und erregte so viel Anstoß, daß bei der Fruchtlosigkeit mehrfa-cher Aufforderungen in Güte, den Saal zu verlassen, man sich seitens der anwesenden frankfurter Abgeordneten ge-nüßigt sah, die Betreffenden in ziemlich unsanfter Weise aus demselben zu entfernen. (Der „Voss. Ztg.“ schreibt man darüber: Der erste Scandal ereignete sich um die Person des Abgeordneten Groote aus Düsseldorf, der in heftigster Aufregung gegen einen Kassallianer losbrach. Schon schien der Aufruhr beschwichtigt zu sein — Hr. Groote hatte sich beruhigt — als das vorlaute Betragen der Kassallianer allgemeinen Protest und den Ruf: „Hinaus, hinaus!“ hervorrief. Gesagt, gethan! Einer nach dem Andern ward zur Thüre befördert.)

Für die nächstjährige Versammlung der deutschen Phi-ologen und Schulmänner wurde Halle bestimmt.

Die Mecklenburgische Ritterschaft hat, wie verschiedene Blätter melden, in Folge der regierungs-seitig wiederholt an sie gestellten Aufforderung, einen Theil des Baucapitals zu der directen Eisenbahn von Berlin nach Stralsund zu bewilligen, auf dem am 30. September in Neubrandenburg abgehaltenen Con-vente jegliche Betheiligung an der Förderung des Un-ternehmens abgelehnt.

Aus Berlin, 4. d., wird gemeldet: Die Pro-vinziallandtage dürfen zur Erledigung einiger eiligen Vorlagen gegen Ende November zu einer kurzen au-ßerordentlichen Session einberufen werden. — Die Vermählung der Prinzessin Alexandrine wird am 2. December stattfinden. — Der Justizminister tritt ein-nen mehrwöchentlichen Urlaub zu seiner Erholung an.

Frankreich.

Paris, 3. October. Der Kaiser wird, nach dem Paps, nächsten Montag in Paris erwartet...

Der Erbprinz von Parma, der gegenwärtig in den Pyrenäen reist, hat dem französischen Kaiserpaare in Biarritz einen Besuch gemacht.

Der König und die Königin von Portugal werden in Bordeaux landen; in ihrem Gefolge befinden sich der Oberhofmeister Marschall Herzog von Saldaña...

Der Altgraf Erich Adolf von Salm-Reifferscheidt, jüngster Enkel des Fürsten Hugo, Fürstin und Grafen von Salm-Reifferscheidt-Krautheim...

Großbritannien.

Das britische Parlament wird, der Londoner „Press“ zufolge, erst mit Beginn des Jahres 1866 einberufen werden.

Dem am 30. v. M. vor dem Dubliner Polizeigerichtshofe stattgehabten ersten Verhör der sechs verhafteten Fenier konnten, da die Räumlichkeiten sehr beschränkt sind...

Die Verhafteten sahen übrigens so gewöhnlich und harmlos aus, daß sie kein Mensch der schrecklichen Absichten fähig gehalten haben würde...

Italien.

Ein Mailänder Correspondent der „Allg. Ztg.“ entwirft ein eigenhümliches Bild von der gegenwärtigen Wahlbewegung in Italien.

Aus Rom schreibt man der „Allg. Ztg.“, daß vor einiger Zeit in die Gemächer der Königin von Neapel eingebrochen worden sei.

Wie man der „N. P. Z.“ aus Rom schreibt, war die Allocution, welche der Paps hielt, nicht diejenige, welche ursprünglich beabsichtigt war...

handelte vorzugsweise die letzten Verhandlungen mit der piemontesischen Regierung zu Florenz...

Rußland.

Zur Gleichstellung der Juden mit den anderen Confessionen ist im Königreich Polen abermals ein Schritt gethan.

Serbien.

Die serbische Regierung will von Belgrad aus quer durch's Land südwärts das Morawathal hinauf eine Eisenbahn bis Alcinac...

Griechenland.

Wie der „Patrie“ aus Athen, 23. September, gemeldet wird, war dort eine Adresse in Umlauf gesetzt worden, welche den König bitten sollte...

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 6. October.

In Krakau wurde aus Anlaß des Namensfestes Seiner k. apostolischen Majestät am 9. Urnortstag in der lateinischen Pfarrkirche eine Andacht abgehalten...

Ueber die Anwesenheit Sr. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erbprinzen Albrecht in Neusandez und Wadowice schreibt man uns: Sr. k. Hoheit, vom dem Kreisvorsitzer in der ersten Poststation des Sandezer Kreises...

In Wadowice ist Sr. k. Hoheit um 5 Uhr Nachm. wohl behalten angekommen und gerube in der Wohnung des Kreisvorsitzers Abtheilungsquartier zu nehmen...

In einem beinahe anonymen — ganz unleserlich unterzeichneten Schreiben, wurden uns mit Bezug auf die vom Magistrat zur

Einanhaltung der Cholera einige Wünsche kundgegeben. Erstens die Einführung von Reibstagen, welche, wie dies auch in anderen Städten üblich ist...

Der „Gaz.“ macht das Publikum darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit eine bedeutende Anzahl falscher russischer Fünftel Bankbilletts curirt...

Am 23. v. hat der Landmann Joseph Matuzny aus Szare, Bezirk Wilonka den Jacob Forekoff anläßlich eines zwischen ihnen entstandenen Streites durch einen mit einem eisenschlägenen Knüttel auf den Kopf geführt...

Am 3. d. verschied in Lemberg die Gattin des Directors des k. k. Oeffentlichen Inditriums und Schriftstellers August Bielowski...

In Lemberg ist am 3. d. Mis. Fr. Marie Deneiser im 105. Lebensjahre gestorben.

Wir brachten dieser Tage nach der „Gaz. nar.“ die Nachricht, daß in Tarnopol 38 Häuser abgebrannt sind...

Am 23. d. verschied in Lemberg die Gattin des Directors des k. k. Oeffentlichen Inditriums und Schriftstellers August Bielowski...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Die Nr. 11 der „Zolotaja Gramota“ (Beilage des „Straschopud“) unter Redaction des Herrn Joseph Weiczak in Wien enthält die Aufsätze...

Staatsminister Graf Belcredi, der frühere Bürgermeister von Smichow, Franz Ringhofer und Dr. Schreier ihre Mandate als Abgeordnete des Landtages für das Königreich Böhmen niedergelegt.

Im Abonyer Bezirk hat es aus Anlaß der Wahlen zum ungarischen Landtag blutige Kämpfe gegeben.

Leutschau, 5. October. Die heute hier zusammengetretene 1861er Comitats-Commission hat nach eingeleiteter Rechtsverwahrung gegen die Nichtherstellung der Comitats, die Wahl des Centralausschusses vorgenommen...

Berlin, 5. October. Die Morgenblätter melden: Der Abgeordnete Kasper, gegen den eine Disziplinaruntersuchung wegen einer Abhandlung über die Artikel 99, 100 und 109 der Verfassung eingeleitet war, ist gestern freigesprochen worden.

Kopenhagen, 4. October. Der vom Landsting in dritter Lesung angenommene ursprüngliche Entwurf des Grundgesetzes wird am Sonnabend vom Folkething in einziger Sitzung behandelt werden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 5. auf den 6. October.

Angekommen sind die Herren: Kofewir Graf Lanckoronski, k. k. Kammerer, aus Wien; Emil Desjovik, k. russischer General-Lieutenant, aus Petersburg; Joseph Michalowski, Gutsbesitzer, aus Galizien.

Abgereist sind die Herren: Gutsbesitzer Wladyslaw Mieroszewski nach Polen; Adam Graf Kos nach Polen; Hieronimus Michael Dzierzowski nach Krosienko.

Wiener Börse-Bericht vom 4. October.

Öffentliche Schuld.

Table with columns: An Oest. W. zu 5%, Aus dem National-Anlehen zu 5%, Metalliques zu 5%, etc.

B. Der Kronländer.

Table with columns: Grundrentenlastungs-Obligationen von Nieder-Oester. zu 5%, von Schleien zu 5%, etc.

Actien (pr. St.)

Table with columns: der Nationalbank, der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W., der Niederöst. Escompte-Gesells. zu 500 fl. ö. W., etc.

Wandbriefe

Table with columns: der Nationalbank 10jährig zu 5%, auf 6. M. verlosbar zu 5%, auf österr. W. verlosbar zu 5%, etc.

Cours der Geldsorten.

Table with columns: Raiferliche Münz-Dufaten 5 1/2, vollw. Dufaten 5 1/2, Krone 8 7/8, 20 Francstücke 8 9/8, Russische Imperiale 107 7/8, Silber 108 2/5.

Neueste Nachrichten.

Wie uns mitgeteilt wird, sind (wie bei den Justizbehörden) Beleuchtungs-Verordnungen der Beamten sämtlicher politischen Behörden aufgehoben.

Nach einem Telegramm aus Prag haben der

Kundmachung.

(1000. 1)

Erkenntnis.

Mit dem Erkenntnis des k. k. Landesgerichtes in Lemberg vom 6. September 1865 wurde bezüglich der in der Druckerei der „Dzeczyna“ in Bendlifen bei Zürich im I. S. erschienenen und durch den Buchhändler G. L. Rasprowiez in Leipzig debittirten Broschüren „Braterstwo, Pismo Ludowe, książka 3.“ und „Opowiadanie Mazowieckiego Lirnika I. Marcin Borelowski Lelewel.“ deren erstere den Inhaltbestand der in den §§ 65, 66, 300 und 305 St. G. vorgesehene strafbaren Handlungen, die letztere aber den Inhaltbestand des in den §§ 65 und 305 bezeichneten Verbrechen und Vergehens begründet, das Verbot der weiteren Verbreitung im Sinne des § 36 P. G. ausgesprochen.

Kundmachung. (988. 2-3)

Zur Verleihung der erledigten Geldsubvention jährlicher 200 fl. ö. W. aus dem westgalizischen Landesfonde für Civilschüler am Wiener Thierarznei-Institute während der Studiendauer vom 1. October 1865 angefangen, wird hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Die Bewerber haben ihre Gesuche mit den Documenten über die erfolgte Aufnahme in den thierärztlichen Studiencurs am Wiener Thierarznei-Institute, mit dem Impfungs- und Mittellostigkeitzeugnisse, dann dem eigenhändig ausgefertigten Revers zu belegen, daß sie nach Erlangung des Diploms eines Thierarztes am gedachten Institute als solche durch 8 Jahre in den westlichen Kreisen Galiziens, nämlich Krafau, Wadowice, Tarnow, Rzeszow und Sandec, jedoch mit Ausschluß der Stadt Krafau sich verwenden wollen, ausgenommen den Fall einer öffentlichen Anstellung in den anderen Kreisen Galiziens, oder in einem anderen Kronlande.

Siebei sollen Landesländer den Vorzug haben, und in Ermanglung derselben kann die Subvention auch Schülern welche anderen Kronländern angehören, verliehen werden, wenn sie der Landessprache mächtig sind, oder wenn sie sich verpflichten, die legal nachgewiesene Sprachkenntnis während des Subventionsgenusses eigen zu machen.

Zur Reise von Wien nach Galizien wird dem betreffenden Zöglinge nach erlangtem Diplome ein Reisepauschale von 60 fl. ö. W. aus dem Landesfonde angewiesen werden.

Die diesfälligen Competenzgesuche sind, versehen mit den erwähnten Belegen, bis Ende October 1865 bei der k. k. Statthalterei in Lemberg einzubringen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission. Krafau, am 28. September 1865.

Concurs-Ausschreibung. (993. 1-3)

Bei dem Nebenzollamte II. Classe zu Zabrzeg ist die Einnehmerstelle mit dem Jahresgehälte von 420 fl., freier Wohnung, oder dem systemmäßigen Quartiergeld und mit Cautionspflicht in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vorchriftsmäßig instruirten Gesuche insbesondere unter Beilegung des Zeugnisses über die praktische Prüfung aus der Waarenkunde und dem Zollverfahren und unter Nachweisung der vollkommenen Kenntnis der polnischen Sprache binnen vier Wochen bei dem k. k. Grenzinspector zu Oswiecim einzubringen.

Geeignete disponible Beamten werden vorzugsweise berücksichtigt.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krafau, am 28. September 1865.

Kundmachung. (994. 1-3)

Der Krankheitscharakter blieb während des August derselbe wie der im vorhergehenden Monate. Die Blattern-Epidemie nahm an In- und Extensität ab, dagegen vermehrten sich die Erkrankungen an der Ruhr, auch kamen einzelne Fälle von Typhus in Krafau vor.

Von den, in den hierortigen Spitälern verpflegten 577 Kranken wurden 251 entlassen, 34 starben, und 292 verblieben im Krankenstande.

Während des Monats August starben zu Krafau 101 Christen und 41 Juden, die Sterblichkeit war gegen den Vormonat eine günstigere.

Krafau, am 30. September 1865.

Kundmachung. (987. 2-3)

Es wird hiermit bekannt gemacht, daß der mit dem Decrete des hohen k. k. Justiz-Ministeriums vom 1. Juli 1865 Z. 4118 zum k. k. Notar in Skawina Wadowicer Kreises in Galizien ernannte Dr. Edward Stiasny den vorgeschriebenen Notariatsseid am 6. September 1865 geleistet hat.

Vom k. k. Oberlandesgericht. Krafau, am 13. September 1865.

Edykt. (964. 3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie podaje niniejszém po powszechnéj wiadomości, iż na wniosek c. k. Prokuratorzy skarbowej celem zaspokojenia pretensyi na mocy wyroku z dnia 24 marca 1865 l. 4595 szpitala św. Łazarza 7473 złp. 10 gr. i kościoła Panny Maryi 7526 złp. 20 gr. z przyn. rozpisuje sie celem egzekucyjnej sprzedaży realność pod l. 96, 97 dz. IV. 22 gm. VII Pias. w Krakowie spadkobierców s. p. Konstantego Macewicza, a mianowicie p. Konstantego Macewicza i małoletnich Heleny, Józefa i Rozalii Cecylii 2ga imion Macewiczów własnej, na 30.152 złr. w. a. oszacowanej, czwarty termin na dzień 23 listopada r. b. o godzinie 10 zrana, a to pod warunkami uchwały z dnia 4 kwietnia r. b. l. 6169 ustanowionemi, z tą jednak odmianą, że na tym terminie owa realność i poniżej ceny szacunkowej ma być sprzedana, tudzież że wadyum się zniża na 2000 złr. w. a. i że 1/3 część ceny kupna dopiero w przeciągu dni 60 od dnia prawomocności uchwały licytacyjnej, tudzież akt oszacowania przejrzyć można w tutejszo-sądowej registraturze, stan hipoteczny owéj realności w Urzędzie hipotecznym. O czem się profesor p. Fryderyk Hochla niewiadomego pobytu i ewentualnie spadkobierców tegóż lub prawonabywców, jak również i tych wierzycieli, którzyby w wiadomienie o téj sprzedaży weale nie, lub wczesnie doręczoném być nie mogło, lub którzyby po dniu 18 lutego 1865 do hipoteki weszli, na ręce ustanawiającego się dlań w osobie p. adwokata Dra. Słachetowskiego kuratora, z podstawieniem jako substytuta p. Dra. Kańskiego i przez edykta zawiadamia. Kraków, dnia 5 września 1865.

Edykt. (999. 1-3)

C. k. Sąd delegowany miejski Krakowski podaje do publicznej wiadomości, iż panna Aniela Krzyżanowska, córka s. p. Adama i Józefy małżonków Krzyżanowskich, uchwała przez c. k. Sąd krajowy Krakowski

w dniu 4 września 1865 do l. 16656 zapadła, w myśl § 273 U. C. za bezwłasnowolną uznana została, i że kuratorem bezwłasnowolnej zamianowano p. Ludwika Szumańczowskiego.

Kraków, dnia 29 września 1865.

Edict. (992. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Johann Kalita auf Zahlung der Wechselsumme von 800 fl. ö. W. sammt Nebengebühren Israel Berel sub praes. 3. April 1865 zur Zahl 4974 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 3. April 1865 zur Zahl 4974 die Zahlungsaufgabe erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu seiner Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Herrn Advocaten Dr. Rosenberg mit Substituierung des Herrn Advocaten Dr. Bandrowski als Curator bestellt, mit welchem die

angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertbeidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, den 14. September 1865.

In Wola justowska beginnt mit dem heutigen Tag der Verkauf von Pferden, Fohlen, Kühen und Jungvieh aus freier Hand. Kaufstüftige wollen sich daher gefälligst an den dortigen Gutspächter wenden. (982. 3)

Kundmachung.

(949. 2-3)

Die k. k. Lotto-Gefälls-Direction in Wien eröffnet nunmehr die IX. der großen Geldlotterien, welche Se. k. k. Apostolische Majestät bekanntermassen ausschließlich nur zu öffentlichen gemeinnützigen und Wohlthätigkeitszwecken allergnädigst anzuordnen geruhen.

Dieser schon am 9. Jänner 1866 zur Ziehung [kommenden IX. Lotterie wurde ein für die Theilnehmer sehr vorteilhafter Spielplan zu Grunde gelegt, mit welchem der 1. Haupttreffer mit 80.000 fl., der 2. mit 25.000 fl. und der 3. mit 10.000 fl., und außerdem noch 2 Gewinnste à 5000 fl., 3 à 4000 fl., 4 à 3000 fl., 5 à 2000 fl., 20 à 1000 fl., 28 à 500 fl., 38 à 200 fl. etc. im Gesamtbetrage von 300.000 fl. festgesetzt sind.

Das Reinerträgniß dieser Lotterie ist in Folge Allerhöchster Bestimmung zur Hälfte der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien für die Zwecke ihres Conservatoriums, zu einem Viertel für die in den Feldzügen der Jahre 1848, 1849 und 1859 Verwundeten und die Witwen und Waisen der in diesen Epochen Gefallenen der k. k. Armee, dann zu einem Viertel zur Gründung von Handstipendien für mittellose Witwen und Waisen von Oberoffizieren, Militärparteien und Militärbeamten gewidmet.

Die Lose der Lotterie werden bei den k. k. Lotto-Gefälls-Cassen, bei den k. k. Steuer- und anderen Aemtern, so wie bei den k. k. Lotto-Collectanten etc. zu bekommen sein, die gefertigte Abtheilung wird aber bereitwillig auch solide Handelsleute, die k. k. Tabak-Groß- und Kleinverschleißer etc. etc. die sich mit dem Losabsatz befassen wollen, unter nachstehenden hauptsächlichsten Bedingungen mit Losen theilen.

Jene von ihnen, welche schon bei früheren gemeinnützigen Staatslotterien thätig waren, werden hiermit eingeladen, sich mit ihr wieder in den Verkehr zu setzen.

An die Verschleißer werden die Lose in vorgedruckten Papierscheiben jede à 10 Stück in beliebiger Anzahl solcher Scheiben, jedoch nicht weniger als eine vollständige ausgegeben.

Nicht verkaufte Lose können selbst noch am Tage der Ziehung, jedenfalls aber noch vor derselben der Lotterie-Abtheilung zurückgestellt oder mittelst der Post zurückgesendet werden.

Die Verschleiß-Provision wird nach folgend festgesetztem Ausmaße vergütet:

Von 1 bis einschließig 20 Stück Lose eine Provision von 20 fr.	} für jedes verkaufte Los
" 1 über 20 bis 40 " " " " " " " 25 fr.	
" 1 " 40 " 100 " " " " " " " 30 fr.	

und für jedes über die ersten 100 St. noch weiter abgesetzte Los die Provision von 33 fr. ö. W. Der Verkauf der Lose um einen höheren als den darauf ersichtlichen Preis ist verboten.

Alle in Angelegenheiten der Staatslotterie an die gefertigte Abtheilung gerichtete Zuschriften sind stempelfrei. Dieselben und die Losgelde-Sendungen unter Couvert mit vorgezeichneter Adresse sind, wie die sämtlichen Rückantworten bei der Auf- und Abgabe auch portofrei.

Da die gemeinnützigen Staatslotterien ein behördlich geleitetes und von dem k. k. Lotto-Gefälle garantirtes Unternehmen sind, so ist in der Regel bei Uebernahme des Losverschleißes eine entsprechende Caution im beiläufigen Werthbetrage der gewünschten Losmenge einzulegen, diese Einlage kann aus einem Depositum in Barem oder in Werthpapieren bestehen, welches bescheinigt und nach Abschluß und Saldirung der Losrechnung gegen Einziehung der Bescheinigung zurückgestellt werden wird. Hypothekar-Cauttionen sind ihrer Weiswendigkeit wegen zur diesfälligen Annahme nicht geeignet, und auf Wechselgeschäfte insbesondere kann sich die Lotterie-Abtheilung in keiner Weise einlassen; dagegen würde eine schriftliche, bei ihr eingebrachte Zahlungs-Gutstehung eines accreditirten Handelshauses in Wien, statt der Real-Caution angenommen werden.

Enthebungen von der Cautions-Leistung oder Zahlungs-Gutstehung haben ausnahmsweise nur in so fern statt, wenn sie von der gefertigten Abtheilung schon zugestanden sind, oder nach Gestalt der Umstände in einzelnen Fällen noch zugestanden würden.

Der vollständig gedruckte Unterricht, welcher alles enthält, was hinsichtlich des Losverschleißes und der Einzahlungen zu beobachten ist, und wobei sich insbesondere die §§ 43 und 44 bezüglich des bei Gewinnstauszahlungen stattfindenden Abzuges der 5% Gebühr und der Unterlassung des Aufklebens von Stempelmarken auf die Gewinnstlose gegenwärtig zu halten sind, wird nebst dem Spielplane der Lotterie den hierauf Reflectirenden von den k. k. Landes-Lotto-Behörden in Linz, Prag, Venedig, Brünn, Lemberg, Ofen, Triest, Graz, Hermanstadt, Temesvar und Zunsbruck, wie auch von der Staats-Lotterie-Abtheilung in Wien (Salzgries Nr. 20) auf Begehren unentgeltlich verabsolgt werden.

Wegen Bezug der Lose hätten dieselben aber sich direct an diese Abtheilung zu wenden, und die in Wien aufgestellten Losverschleißer überhaupt mit ihr mündlich zu verkehren.

Die Losausgabe beginnt mit dem Tage des Anschlages des großen Placats.

Von der k. k. Lotto-Gefälls-Direction.

Abtheilung der Staats-Lotterien für gemeinnützige und Wohlthätigkeitszwecke.

Wien, am 4. September 1865.